



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

# Pressemitteilungen

## Sonder-Verkehrsministerkonferenz in München

18. September 2025

- **Preisanpassung ab 2026 nötig**
- **Indexbasierte Preisfortschreibung ab 2027 angestrebt**
- **Bedingung: Bund muss Mittelanteil von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 verbindlich zusagen**

**Die für Verkehr, Mobilität und Infrastruktur zuständigen Ministerinnen und Minister und Senatorinnen und Senatoren der Länder haben sich am heutigen Donnerstag in München in einer Sonder-Verkehrsministerkonferenz unter dem Vorsitz von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter erneut mit der künftigen Finanzierung des Deutschlandtickets beschäftigt. Dabei verständigten sich die Länder einstimmig darauf, dass der Ticketpreis im kommenden Jahr angepasst werden muss. Bei gleichbleibender finanzieller Beteiligung von Bund und Ländern in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro, schlagen die Länder eine Erhöhung des Ticketpreises auf 63 Euro vor. Ab 2027 soll eine indexbasierte Preisfortschreibung erfolgen, der die tatsächliche Kostenentwicklung – insbesondere bei Löhnen und Energie – zugrunde liegt. Grundbedingung ist, dass der Bund seinen Mittelanteil von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 verbindlich zusagt.**

Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr und Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz: „Wir haben heute von Länderseite aus ein Gesamtpaket geschlüsselt, das die Zukunft des Deutschlandtickets sichert. Jetzt kommt es darauf an, ob sich der Bundesfinanzminister zu einer dauerhaften Beteiligung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bis 2030 bekennt, oder das Ticket scheitern lässt. Die Länder stehen trotz klammer Kassen weiterhin zur hälftigen Finanzierung und auch die Branche muss ihren Beitrag leisten. Ohne eine moderate Anpassung des Ticketpreises geht es angesichts gestiegener Kosten aber nicht. Für 2027 soll dann eine indexbasierte Preisfortschreibung erfolgen, deren Mechanismus noch erarbeitet wird. Insgesamt ist das eine gute Lösung, für die wir die einstimmige Unterstützung aller Länder haben. Zusätzlich haben wir heute ebenfalls einstimmig die Forderung beschlossen, dass eine Kommission aus Bund, Ländervertretern und Experten bis Mitte 2026 konkrete Vorschläge zur Erhöhung der regulären Regionalisierungsmittel erarbeiten soll.“

Winfried Hermann, Verkehrsminister von Baden-Württemberg: „Wir haben heute eine Lösung für die Weiterführung des Deutschtickets gefunden, was für die Kundinnen und Kunden die dringend notwendige Klarheit und Sicherheit bringt. Das Deutschlandticket ist mit 14 Millionen Abos eine echte Erfolgsgeschichte. Weil der Bund bisher eine dauerhafte Finanzierung abgelehnt hat, wurde das Ticket immer wieder in Frage gestellt. Und es war bis heute wieder in Gefahr. Dass wir nun eine Lösung ab dem kommenden Jahr gefunden haben, war dringend notwendig. Das Ticket bleibt damit vor allem ein sehr einfach nutzbares Angebot. Und das ist jetzt gesichert bis 2030. Wir hätten uns vom Bund mehr Mittel erhofft, um den Preis günstiger halten zu können. Die Lösung jetzt ist ein Kompromiss zwischen 16 Bundesländern und dem Bund. Der Preis bleibt verglichen mit den allermeisten Monatsabos attraktiv, doch je mehr Menschen ein Abo haben, desto günstiger bleibt das Ticket für alle.“

Petra Berg, Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz im Saarland: „Mit dem heutigen VMK-Beschluss werden wir die Erfolgsgeschichte des Deutschlandtickets fortschreiben und den Kundinnen und Kunden weiterhin ein attraktives Angebot machen. Dafür war eine Verständigung von Bund und Ländern auf eine langfristige Finanzierung notwendig. Das ist gelungen. Bund und Länder stellen auch in den kommenden fünf Jahren jährlich jeweils 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit haben nicht nur die Deutschlandticket-Kunden, sondern auch die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträger Planungs- und Finanzierungssicherheit. Der neue Preis von 63 Euro ist ein Kompromiss, damit Busse und Bahnen ausreichend finanziert sind und das Deutschlandticket ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis behält. Jetzt muss es darum gehen, noch mehr Nutzerinnen und Nutzer für das Deutschlandticket zu gewinnen. Je mehr Menschen sich für ein Deutschlandticket und je mehr Arbeitgeber sich für ein Jobticket entscheiden, umso weniger muss in Zukunft der Preis steigen.“

Steffen Schütz, Thüringer Minister für Digitales und Infrastruktur: „Das erfolgreiche Deutschlandticket ist bis 2030 gesichert. Das war mein Hauptziel, dafür habe ich mich stark gemacht und das haben wir nun endlich geschafft. Ich bedaure weiterhin, dass der Bund seinem eigenen Koalitionsvertrag zuwiderhandelt und nicht die Mittel für die von ihm zugesagte Preisstabilität bereitstellt. Deshalb wird es nun einen höheren Ticketpreis geben. Ich bin aber zufrieden, dass die Fahrgäste, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger nun endlich und langfristig Planungssicherheit bis 2030 bekommen. Ein Scheitern der Verhandlungen und damit des Deutschlandtickets wäre ein politischer Offenbarungseid gewesen. Damit wir die Zukunftsfähigkeit unseres ÖPNVs nicht gefährden, muss der Länderanteil bei den festgeschriebenen 1,5 Milliarden bleiben. Wir wollen die Mobilität im ländlichen Raum stärken. Da können wir die Mobilität in den Städten nicht überproportional subventionieren, während das Angebot auf dem Land ausgedünnt wird.“

Dr. Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt: „Die Zeiten der politischen Setzung von Ticketpreisen muss ein Ende haben. Dass der von uns lange geforderte Index nun endlich kommen soll, ist ein gutes Signal. Allerdings hätten wir uns auch eine Überführung in klassische Marktmechanismen vorstellen können. Durch einen von der Branche festgelegten Preis würde sich dieser an den tatsächlichen Kosten orientieren und gleichzeitig die Verkehrsunternehmen motivieren, vorhandene Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung, zum Beispiel im Vertrieb, zu heben. Für Sachsen-Anhalt ist klar, der Länderanteil darf die festgeschriebenen 1,5 Milliarden nicht überschreiten. Sonst gefährden wir die Qualität des Mobilitätsangebots. Denn neben einem angemessenen Preis ist das Angebot von zentraler Bedeutung. Wir können sonst gerade den Menschen in den ländlichen Regionen unseres Landes nicht erklären, warum die Mobilität in den Großstädten überproportional subventioniert wird, während der Verkehr auf dem Land ausgedünnt wird.“

Die Beschlüsse finden Sie im Laufe der nächsten Tage auf der Homepage der VMK:

<https://link2.bayern/Sonder-VMK-München>

Bilder finden Sie unter folgendem Link:

<https://medienpool.bayern/stmb/vmk-muenchen-presse>

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

